

Die „Rechtzeit“ erscheint täglich morgens und nachmittags, Sonntags und Montags ausgenommen. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus und durch die Post bezogen M. 12.— im voraus zahlbar. Für Werbung nehmen sämtliche Verlegerstellen Bestellungen entgegen. Unser Streifenband bezogen für Deutschland, Dänemark, das Ausland und Mexiko kostet in der früheren deutschen Gebiete Polens und Litauens M. 20.— für den übrigen Ausland M. 20.—

Die neugegründete Monatszeitschrift „Der Kampf“ kostet 4.— M. einschließlich Postgebühren. Einzelhefte: Das letztgenannte Heft 2.— M., jedes weitere Heft 1,50 M. einschließlich Postgebühren. Zusätzliche Anzeigen: Einzelhefte: Familien-Anzeigen und Stellen-Angebote 2,75 M., sechs pro Heft. Stellen-Angebote in Monats-Anzeigen: Das letztgenannte Heft 1,50 M., jedes weitere Heft 1.— M. Fernsprecher: Zentrum 152 30—152 39

STREIF

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Politisches Erpressertum

Gold gegen politische Macht / Verschäckerung der Eisenbahn / Beseitigung des Nachtsundentages

Das Vorgehen der deutschen Industrie unter Führung des rechtssozialistischen Koalitionsgenossen Stinnes ist der schamloseste Akt einer politischen Erpressung, die je vorhanden war. Diese Leute haben bisher fast keine Steuern bezahlt, während man den Arbeitern und Angestellten 10 Prozent von dem Lohne abzog. Dieser Abzug fand statt in einer Zeit, wo dieser Lohn und seine Kaufkraft immer mehr sank. Er sank, weil die Besitzenden keine Steuern zahlten. In diesem gesunkenen Lohn machten die Industriellen ihren Extraprofit, verschleuderten die deutschen Waren ins Ausland, ließen zum großen Teil den Erlös dafür im Ausland stehen, befraudierten auf diese Weise auch neue die Steuern und brachten die Kaufkraft des Lohnes natürlich wieder zum Sinken.

Endlich schien das deutsche Volk zu begreifen, daß es so nicht weiter gehen könnte. Wir stellten die Forderung auf, der Steuerdefraudation der Besitzenden ein Ende zu machen und zur Erfassung der Goldwerte zu schreiten. Die Idee zündete. Die Herren Goldwertbesitzer bekamen es mit der Angst, sie fürchteten, es könnte Ernst werden, und machten sich eilig, einen Kredit aufzunehmen, der die auswärtigen Verpflichtungen des Reiches mindestens für die nächsten zwei Jahre decken sollte.

Die Herren taten so, als würden sie dazu aus patriotischer Opferwilligkeit gekommen sein. Sie taten so, als müßte das Volk vor ihnen auf die Kniee fallen und sie wegen ihrer Großmut preisen. In Wirklichkeit hofften sie darauf, sich von der ihnen sehr unangenehmen Erfassung der Goldwerte und damit vor der Verhinderung der Steuerdefraudation bewahren zu können.

Seit Monaten narren sie bereits die gesamte Öffentlichkeit. Zuerst hieß es, sie stellten gar keine Bedingungen. Aber dieser Betrug hielt nicht lange vor. Sehr bald wurde es klar, daß die Burischen die Ausnahme ihrer politischen Landnahme, der Deutschen Volkspartei, in die Regierung forderten, damit sie vor jeder ernsthaften Erfassung des Besitzes geschützt seien. Für ihr Gold wollten die Großkapitalisten politische Macht kaufen. Zug um Zug sollte das Geschäft gemacht werden. Der verebende Staat, der durch die imperialistische Politik, durch die gewissenlose Kriegsheße und Kriegsverlängerung derselben rheinischen Eisenherren mit ihren Stinnes an der Spitze in sein Elend hineingestoßen worden ist, der sollte das, was er zum Leben für die nächsten Monate braucht, nur dann erhalten, wenn er dafür dem Großkapital ein Stück seiner Macht abtrat.

Bei jedem anderen Volk hätte diese schamlose Enthüllung der wahren Absicht einen Sturm der Entrüstung hervorgezufen. Vor kurzem erst hatte dieses Volk seine politische Souveränität endlich wenigstens auf dem Papier der Verfassung errungen. Jetzt sollte es sie sofort öffentlich für eine bestimmte Summe Goldes dem Großkapital ablassen. In Deutschland aber war es möglich, mit den Herren darüber ernsthaft zu verhandeln. Sie machten rasche Fortschritte. Die rechtssozialistischen Führer krochen auf den Leim und erklärten in Götlich ihre Bereitwilligkeit zum Bund mit der Deutschen Volkspartei.

In demselben Moment steigerten sich — ein abgekartetes Spiel — die Widerstände innerhalb der Industrie. Nach außen wurde zwar immer erklärt, sie sei bereit, den Kredit zur Verfügung zu stellen. Von ernsthaften Verhandeln mit ausländischen Kreditgebern war aber gar keine Rede.

Da kam die oberste Krise. Die Volkspartei blieb draußen. Die Geschichte wurde wieder brenzlich. Da kommt ein neuer kaum mehr erhoffter Glücksfall. In Preußen verbänden sich die Rechtssozialisten mit der Deutschen Volkspartei und Herr Stinnes ist nun seiner Sache sicher: in kurzer Zeit sind seine Leute auch im Reich in der Regierung, und das Großkapital hat nichts mehr zu fürchten. Herr Stinnes ist verständig, jetzt seine Bedingungen bis zum Unerträglichsten. Ganz offen fordert er die Kontrolle über die Reichsfinanzen. Seine Forderungen müssen von nun an der Regierung Befehl sein. Die Eisenbahnen müssen dem Privatkapital zur Ausbeutung überlassen werden. Das Tollste ist, daß Herr Stinnes fordert, daß sie solche Nebenprodukte liefern müssen, daß diese zur Verzinsung und Tilgung des geplanten Gelddarlehens ausreichen. Mit anderen Worten: die Herren wollen überhaupt nichts aus eigener Tasche leisten. Sie wollen dem Reich nur eine Anleihe vermitteln. Die Verzinsung und Tilgung dieser Anleihe soll durch die Ausbeutung der Gesamtheit des deutschen Volkes in Form von erhöhten Eisenbahn- und Posttarifen aufgebracht werden! Das Prinzip der Steuerfreiheit will als das Großkapital nach wie vor erhalten. Unablässig heißt es in der angenommenen Resolution, das die Industrie nur auf dem Wege der Verzinsung der Anleihe eintreten

will. Der Schein, als ob die Industrie wirklich aus eigenem dem Reiche in seiner höchsten Not zu Hilfe kommen will, wird aufgegeben. Herr Stinnes hält die Heuchelei nicht mehr für nötig. Er ist seiner Sache sicher und fordert für ein gewinnbringendes Vermittlungsgeschäft, daß ihm und seinen Leuten die Staatsmacht und das Staatseigentum überliefert wird.

Damit noch lange nicht genug. Die Herren fordern weiter die freie Betätigung und Entwicklung des Wirtschaftslebens in allen seinen Zweigen. Im Munde des Stinnes hat das seine ganz klare Bedeutung. Der Mann will, daß die Regelung der Kohlenpreise fortfällt, damit er die Kohle auf den Weltmarktspreis hinaufziehen kann, das heißt, er will den heutigen Preis verdrei- und vierfachen, und an der rücksichtslosesten Ausnützung seines Kohlenmonopols nicht mehr verhindert werden. Ein echtes Geschäft nach Stinnes-Art! Für eine Kreditvermittlung, die nicht das geringste kostet, will er sich eine Vermittlungsgebühr aus dem politischen Wege sichern, die einige Gold Milliarden ausmachen würde!

Dann fordert Herr Stinnes, daß die „in der Wirtschaft vorhandenen nicht vollbeschäftigten Kräfte wieder zu produktiver Arbeit gebracht“ werden. Man weiß, daß Stinnes und die Seinen Arbeiter, die nur acht Stunden für das Großkapital schufteten, nicht für voll beschäftigt halten. Herr Stinnes fordert mit dieser Bedingung nichts anderes, als die Beseitigung des Nachtsundentags.

Wer nun aber meinte, daß die Herrschaften konkret über den Kredit verfügen, oder irgendeinen Versuch gemacht hätten, ihn sich zu verschaffen, der irrt. Die Herren wollen jetzt erst — bei dem Dollarkurs von 250 — mit der Regierung verhandeln, ob sie auf ihre Bedingungen eingeht. Dann erst würden sie die Gnade haben, sich herbeizulassen, mit den ausländischen Kreditgebern in Verbindung zu treten. Auch das ist ein feiner Plan! Die Herren werden die Zeit benützen, um ihre Leute in die Reichsregierung zu bringen. Daß die Herren von der Volkspartei die Forderungen des Stinnes unterstützen werden, daran hat wohl niemand den geringsten Zweifel. Hat Herr Stinnes erst seine Leute in der Regierung, dann kann ja verhandelt werden. Herr Stinnes und seine Leute werden dafür sorgen, daß bei den Verhandlungen gar nichts oder eine lächerlich geringfügige Summe herauskommen wird. Dann werden sie erklären, daß der Beweis geliefert sei, daß Deutschland nicht zahlen könne. Der Erfüllungspolitik müsse ein Ende gemacht, die Politik des nationalen Widerstandes endlich organisiert werden. Das Ziel des Stinnes wird so auch in der auswärtigen Politik erreicht.

Daß Herr Stinnes diese Sprache führen kann, daran sind jene rechtssozialistischen Führer in vollem Maße mitschuldig, die für das Bündnis mit seiner Partei eingetreten und es in Preußen verwirklicht haben. Statt gegen diese gefährlichen Gegner nicht nur der arbeitenden Klasse, sondern der Republik und jeder ihr entsprechenden Politik den schärfsten Kampf zu eröffnen, in diesem Kampf die Kraft der gesamten Arbeiterklasse einzusetzen, verbänden sich Arbeitervertreter mit dem Großkapital und lähmen auf diese Weise die Kraft der Klasse in dem Augenblick der schwersten Entscheidung!

Amso notwendiger ist es, daß der Arbeiterklasse ganz rücksichtslos gezeigt wird, wie verblendet und gefährlich diese Politik ist. Heute beginnt im Reichstag die Steuerdebatte. Da wird Gelegenheit sein, den unerschämten Erpressungsversuch des Großkapitals aufzudecken. Für uns ist die Kreditaktion der Industrie als niederträchtiges Schwindeldesmanöver entlarvt. Was unter Umständen, wenn man es mit ehrlichen Leuten zu tun hätte, eine Abschlagszahlung und ein vorübergehendes Hilfsmittel hätte sein können, die Staatsfinanzen zu entlasten, ist der schlimmste Erpressungsversuch, der je an einem Volke in seiner Not von den großen Geldherren versucht worden ist. Darauf gibt es nur eine Antwort: Erfassung der Goldwerte in kürzester Zeit in jeder notwendigen Höhe! Von der Regierung muß gefordert werden, daß sie klare Auskunft gibt, wie sie zu dem ruchlosen Attentat des Großkapitals steht. Davon wird auch die Stellung unserer Fraktion zur Regierung sich richten müssen.

Die Beschlüsse der Industrie

Der Beschluß des Reichsverbandes der deutschen Industrie hat folgenden Wortlaut:
„Der Reichsverband der deutschen Industrie ermächtigt seinen für die Behandlung des Kreditgeschäfts am Ausdrücklichen eingehenden Ausschuss, der angewiesen zu erklären ist, unter Zuziehung der deutschen Banken die Verhandlungen zunächst mit der Reichsregierung mit dem Ziele vorübergehender geldlicher

Stützung des Reichs für Reparationszwecke fortzusetzen unter folgenden Voraussetzungen: Es muß gleichzeitig Sicherheit dafür gegeben werden, daß Reichsregierung und Reichstag eine sparsame Finanzwirtschaft auf allen Gebieten des Staatslebens unverzüglich eintreten lassen und das Wirtschaftsleben von allen die freie Betätigung und Entwicklung schädigenden Fesseln befreien. Insbesondere müssen die Reichs- und sonst in öffentlicher Hand befindlichen Betriebe derart behandelt werden, daß sie nicht weiter die öffentlichen Finanzen belasten, sondern sie entlasten. Ein Ziel unserer inneren Wirtschaftspolitik muß sein, alle in der Wirtschaft vorhandenen nicht voll beschäftigten Kräfte sicher zu produktiver Arbeit zu bringen. Die Industrie muß die Sicherheit haben, daß durch ihre Mitarbeit aus unproduktiven Unternehmungen Unternehmungen gemacht werden, die solche Erträge bringen, daß sie zur Verzinsung und Tilgung des geplanten Gelddarlehens ausreichen und die jetzt vorübergehend und freiwillig eintretende Industrie entlasten.“

Politischer Rahmenjammer

„Der Vorposten der Rechten“

Das Zustandekommen der sogenannten „großen Koalition“ in Preußen hat in der Presse der beteiligten Parteien kein allzu lautes Echo ausgelöst. Es herrscht im allgemeinen die betrübliche Stimmung des politischen Rahmenjammers. Die „Tägliche Rundschau“ hebt hervor, daß in dem neuen Kabinett die Rechtssozialisten und die Deutsche Volkspartei die eigentlichen Spieler sind. Sie macht sich über den abgeschlossenen Handel lustig und ist nur in sofern mit ihm zufrieden, als sie erwartet, daß nun auch die Sozialisten gezogen und im Reiche das Kabinett Wirth beseitigt wird. Die Volkspartei dürfe in der preußischen Regierung nicht als der Nachtrag der Linken wirken, sie müsse vielmehr der Vorposten der Rechten sein.

Auch die „Germania“ befindet sich in einer starken politischen Beklemmung, tröstet sich aber damit, daß die staatspolitische Einsicht den Sieg davon getragen habe. Das Kabinett Braun sei keine Idealgestalt, es sei auch zu bebauern, daß Stegerwald nicht zu halten gewesen sei. Aber in der Politik müsse das Gefühl hinter der Sache zurücktreten. Die Vorzüge der neuen Koalition seien unverkennbar, fünf bürgerliche Minister ständen neben drei (!) sozialistischen. Es würde zwar noch allerlei Reibungen geben, aber doch könne alles mit nunmehr verstärkten Kräften besser gehen, zumal, wenn das gute Beispiel Preußens anderwärts bald Nachahmung finden würde.

Der „Vorwärts“ hebt hervor, daß Braun nur mit dem Stimmeneines Teiles der Deutschen Volkspartei gewählt worden ist. Etwas die Hälfte der Volkspartei habe weiße Zettel abgegeben. Damit sei die in der Deutschen Volkspartei vorhandene Spaltung offenbar geworden. Der „Vorwärts“ wird bald einsehen müssen, daß diese Spaltung tatsächlich nicht besteht. Aber was noch wesentlich ist: die beiden Minister der Deutschen Volkspartei, Dr. Richter und Dr. Boelich, stehen nicht auf dem sogenannten linken Flügel ihrer Partei, sondern auf dem rechten. Sie sind die politischen Spitzen jener Richtung, die bei der Wahl durch Abgabe weißer Zettel gegen Braun gestimmt hat. Daß Boelich und Richter nicht zum linken, sondern zum rechten Flügel ihrer Partei gehören, wird vom „Berliner Tageblatt“ ausdrücklich hervorgehoben.

Und dieses Spiel soll, dem „Vorwärts“ zufolge, der Republik und der Arbeiterschaft dienen. Wir werden bald an den Taten der neuen Regierung sehen, daß die unverhüllte Reaktion der alleinigen Regierender ist.

Ein Dollar = 290 Mark

Der Sturz der Mark geht, wie wir in letzter Zeit häufig dargelegt haben, jetzt vom Auslande aus. Das Ausland hat das Vertrauen zum Wanken Deutschlands keine Finanzen zu ordnen, eingebüßt. Die New-Yorker Finanzwelt wirkt jetzt ihre ungeheuren Markbeträge auf den Markt. Nachdem die Schlussnotierung in New York am Sonnabend einen Tiefstand von 6,40 erreichte, was etwa einer Parität von rund 250 Mark für den Dollar entspricht, fiel der Markkurs nachdrücklich auf 0,30, das heißt: Ein Dollar = etwa 250 Mark!

Unter dem Eindruck des fortgeschrittenen Markrückganges in New York machte sich heute vormittag in Berlin eine neue Kursflut nach Berlin geltend. Um 12 Uhr vormittags wurde der Dollarkurs mit etwa 252 genannt, mittags fiel er auf 250.

Zur Erinnerung an Hugo Haase

Die falsche Kriegszählung

Am 7. November sind es zwei Jahre her, daß Hugo Haase von uns schied. Die durch seinen Tod in unsere Reihen gerissene Lücke ist noch immer unausgefüllt und schmerzlicher wie je vermißt heute das Profetariat Haases Nat.

Nicht nur um den großen Toten zu ehren, sondern mehr noch, um dem deutschen Profetariat vergangene Kämpfe unserer Partei zurückzurufen, damit es sich von deren Richtigkeit überzeuge, geben wir heute den hauptsächlichsten Teil der Rede wieder, mit der Hugo Haase am 24. März 1916 im Reichstag die Ablehnung des Rotetats im Namen der Minderheit begründet hatte.

„In allen Ländern“, so führte Haase aus, haben die Massen den leidenschaftlichen Willen zum Frieden, und wenn dieser Wille noch so sehr unterdrückt wird, schließlich bricht er durch. Die Volksmehrheit würde ihre Aufgabe verkennen, wenn sie sich nicht zum Dolmetsch dieser starken Friedenssehnsucht machte, wenn sie sich gar im kritischen Augenblick eine Blinde vor die Augen legte und ihr Volk täuschte. Ein solches Verhalten, meine Herren, müßte sich ändern. Auch die kriegsmüden Politiker in den feindlichen Staaten werden durch die ebenen Tatsachen immer mehr zu der Überzeugung genötigt, daß der feste Ball unseres Heeres nicht durchbrochen, unserem Heere eine entscheidende Niederlage nicht bereitet werden wird. Aber nach den Erfahrungen dieses Krieges ist alles dafür, daß auch unser Heer trotz großer militärischer Erfolge die Gegner nicht zu schlagen wird, daß sie auf die Knie gezwungen werden können. Zwei mächtige Koalitionen stehen einander gegenüber, und am Schlusse des furchtbarsten Ringens wird es wahrscheinlich weder Sieger noch Besiegte (Lebhafte Rufe: Oh! — Glöde des Präsidenten. — Unruhe. — Rufe: Antworten), in Wahrheit wohl nur Besiegte,

aus Millionen Kunden blutende Wunden

geben. (Große Unruhe. — Glöde des Präsidenten.)
Präsident: Herr Abgeordneter Haase, Sie haben mir vorhin gesagt, die verschiedenen Gesichtspunkte nur streifen zu wollen. (Abgeordneter Haase: Das tue ich auch!) — Nein, davon sind Sie weit entfernt. Ich muß Sie bitten, sich an Ihre Versprechen zu halten. Derartige Generaldiskussionen bei einem Rotetatsgesetz halte ich nicht für zulässig.

Haase: Ich werde noch kürzer darauf eingehen und nur Stichworte geben. Meine Herren, es ist hier bereits von bürgerlicher Seite ausgeführt, und ich glaube, Sie alle werden deswegen wenigstens zugeben, daß die Darlegungen, die ich machte, sehr wohl begründet waren (Lachen), daß wie auch das Ringen ausgehen werde (Unruhe — Glöde des Präsidenten). Europa einer Besatzung unterworfen. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten. — Große Unruhe.) Es ist ebenfalls von bürgerlicher Seite erklärt worden, daß sich in Zukunft der Bürger unter allen Umständen darauf einrichten müssen, vier Monate allein zu arbeiten, um die Zinsen für die Kriegsanleihe aufzubringen und für die Auswendungen, die wir für die Invaliden und für die Hinterbliebenen der Gefallenen werden machen müssen. (Diese Werbung bezieht sich auf Aufsetzungen, welche der demokratische Abgeordnete Gothein kurz vorher gemacht hatte. D. Schriftleitung.) Es ist gestern sogar in diesem Hause bemerkt worden, daß es dahin kommen könnte, daß wir bis zu sechs Monaten zu diesem Zwecke arbeiten müßten. Und da, meine Herren, wollen Sie bestreiten, daß nach diesem Kerse ein aus Millionen Kunden blutendes Volk diesseits und jenseits der Grenzen sich befinden wird? Immer wieder drängt sich bei dieser Aussicht die Frage auf: was hat auch vom Standpunkt der Besatzter und Anhänger des Krieges dessen Fortsetzung noch für einen Sinn? Wie Sozialisten, die wir den Krieg verabscheuen und mit aller Kraft ihn zu verhindern uns bemüht haben,

widersehen uns selbstverhändlich seiner Verlängerung.

(Große Unruhe. — Glöde des Präsidenten.)
Präsident: Herr Abgeordneter Haase, ich muß Sie wiederholt darauf aufmerksam machen, daß diese Ausdehnung der Generaldiskussion bei dem Rotetatsgesetz nicht zulässig ist. Ich bitte Sie, sich daran zu halten.
Haase: Herr Präsident, ich halte mich schon an Ihre Weisungen. (Glöde des Präsidenten.)

Präsident: Nein, Sie halten sich nicht daran.
Haase: Meine Herren, es wird ja gar nicht in manchen Kreisen verhehlt, daß, wenn es sich nur darum handelte, die Unversehrtheit des Reiches und die Unabhängigkeit unseres Volkes aufrechtzuerhalten, wir wahrscheinlich schon den Frieden hätten erzielen können. (Oh!) So müßte in den proletarischen Massen das Gefühl, daß sie für Interessen kämpfen sollen, die nicht die ihrigen sind. Für die sozialistischen Arbeiter — das werden Sie begreifen — ist es ohnehin die herbe Tragik, gegen diejenigen die Waffen zu erheben, mit denen sie durch die Gemeinsamkeit der Leiden und durch die Solidarität des Strebens verbunden sind. (Glöde des Präsidenten.)

Präsident: Herr Abgeordneter, ich bitte Sie wiederholt, sich daran zu halten, daß es bei dem Rotetatsgesetz nicht möglich ist, eine derartige allgemeine Diskussion zu führen.

Haase: Gut, ich werde mich noch kürzer fassen. (Unruhe.) Hören Sie doch erst die Ausführungen! (Stürmische Zurufe: Nein, die wollen wir nicht hören!) — Das glaube ich, daß Sie sie nicht hören wollen, weil Sie gern die Ansichten machen, die Ihnen nicht passen. (Zuruf: Ihre Heerde wollen wir nicht hören!) — Jetzt von den Sozialdemokraten: Wenn Sie sie nicht hören wollen, gehen Sie doch hinaus! — Zuruf rechts: Überlassen Sie das doch uns! Sie werden doch nicht bestreiten, daß selbst in den Kreisen der Kapitalisten, soweit sie nicht Nummern des Krieges sind (errote Zurufe), und zwar in allen Ländern, man längst glaubt:

dieser Krieg ist eine falsche Rechnung gewesen.

Auf der anderen Seite erheben sich immer lauter Stimmen, die als Ziel des Krieges die Ausdehnung unserer Weltmacht, die Erwinigung der Weltbeherrschung fordern, und zu diesem Zwecke die ausweichendsten Eroberungspläne verfolgen. Man sollte annehmen, daß nur komplette Narren oder gewissenlose Verbrecher solche Pläne verfolgen können. (Wiederholte Viv-Rufe. — Stürmische Unruhe. — Glöde des Präsidenten.)

Präsident: Herr Abgeordneter Haase, ich muß Sie zur Sache rufen. Es ist ganz unmöglich, in dieser Weise das Rotetatsgesetz zur Entscheidung zu bringen. Sie können nicht bei dem Rotetatsgesetz allgemeine Ausführungen machen, wie Sie sie gemacht haben und weiter zu machen beabsichtigen, wie es scheint. Ich muß Sie bitten, bei dem Rotetatsgesetz zu bleiben! (Zuruf von den Sozialdemokraten: Belagerungszustand!)

Haase: Herr Präsident, ich glaube zwar, daß ich durch keine Regel der Geschäftsordnung, die ich kenne, behindert werden kann, meinen Standpunkt zu begründen; aber ich will mich Ihrem Wunsch soweit als möglich fügen. (Zuruf von den Sozialdemokraten: Sie haben die Zustimmung des Hauses! — Lebhafter Widerspruch bei der Mehrheit der Sozialdemokraten. — Stürmische Zustimmung und Handklatschen. — Glöde des Präsidenten. — Fortdauernde Erregung. — Glöde des Präsidenten. — Zuruf von den Sozialdemokraten:

Diebstahl Nummer 2!

Beifall und Handklatschen. — Zwischenruf.)
Meine Herren, der Zwischenruf meines Fraktionskollegen beruht auf einem Irrtum. (Lebhafte Rufe: ah!) Aber er hat durch Ihr Handklatschen den Lohn für seine Tat schon dahin.

Präsident: Herr Abgeordneter Haase, ich rufe Sie zum zweiten Male zur Sache!

Haase: Ich habe zur Sache gesprochen! (Andauernde große Unruhe.) Meine Herren, da es mir nicht gestattet wird, auch nur in Kürze darzulegen, wie juristisch die äußere politische Lage ist, und welchen Einfluß gewisse Kreise zu gewinnen suchen, so werde

ich bei einer anderen Gelegenheit darauf eingehen. Es wäre für das Haus aber, glaube ich, zur Beurteilung der Lage sehr wichtig, zu erfahren, was einem großen Teil von Ihnen noch nicht bekannt ist, welche Teilergebnisse — ich spreche jetzt nicht von den Fremden in der Wilhelmstraße — zur Zeit wieder am Werke sind. (Glöde des Präsidenten. — Lebhafter Rufe: Unersättlich!)

Präsident: Herr Abgeordneter Haase, ich rufe Sie zum dritten Male zur Sache und mache Sie darauf aufmerksam, daß ich das Haus befragen werde, ob es Ihnen das Wort weiter gestatten will, wenn Sie sich jetzt nicht an die Sache halten! (Zustimmung. — Zuruf von den Sozialdemokraten: Belagerungszustand! — Große Unruhe.) — Herr Abgeordneter Kunert, wegen dieses Ausdrucks rufe ich Sie zur Ordnung!

Haase: Ich muß infolge dieser Beschränkung der Redefreiheit (Lachen) zu der nach der Sachlichkeit meiner Ausführungen kein Grund vorlag, zum Schlusse eilen und das Wichtigste übergeben. Nur das will ich Ihnen sagen, daß die kapitalistische Wirtschaftsordnung

sich selbst das Urteil gesprochen hat,

weil sie es nicht hat verhindern können, nicht nur, daß in Ihrem Schoße die Kriegsjunien geboren wurden — (Lebhafte Rufe: Oh! — Rufe: Die Internationale erst recht nicht!) — Glöde des Präsidenten. — Abgeordneter Haase spricht weiter.)

Präsident: Herr Abgeordneter Haase, Sie haben zu schweigen, wenn die Glöde des Präsidenten ertönt! Ich rufe Sie nochmals zur Sache, und namentlich bitte ich die Herren, Platz zu nehmen. Ich lasse nunmehr das Haus, ob es dem Herrn Abgeordneten Haase das Wort weiter gestatten will. Ich bitte die Herren, die es ihm nicht weiter gestatten wollen, sich von ihren Klägen zu erheben. (Geschicht. — Rufe: auch Sozialdemokraten! — Lebhaftes Bravo.) Das ist die Mehrheit. (Lebhafte Rufe von den Sozialdemokraten: Gegenprobe! — Andauernde Bewegung.)

Dem Genossen Hugo Haase ist damals also die Möglichkeit zum Weiterreden genommen worden. Es wird eine dauernde Schande für die rechtssozialistische Partei bleiben, daß sich auch aus ihren Reihen eine Anzahl Leute fanden, die zusammen mit den bürgerlichen Parteien Haase mundtot machen wollten. Das mag ihnen für den damaligen Augenblick gelungen sein; was Hugo Haase aber in dieser Rede und unzählige Male vorher und nachher ausgesprochen hat, das ist geschichtliche Wahrheit geblieben und es wird seine Bedeutung für alle Zeiten behalten.

Der Sonntag in Berlin

Nach schweriger Arbeit ist es am Sonntag mittag endlich gelungen, das Brautpaar des auf dem Wannsee gesunkenen Dampfers „Storow“ zu heben. Das Schiff weist schwere Beschädigungen, besonders am Bordteil, auf. Nachdem es an Ort und Stelle wieder einigermaßen schwimmfähig gemacht worden war, wurde es nach der West in Potsdam abgehleppt. Ein weiteres Todesopfer wurde in der Person des Arbeiters Mathias Stieper aus der Gleimstraße 57 festgestellt. Bereits am Sonnabend wurden geboren: der Topograph Adolf Guimann, Tempelhofer, Bornstraße 44, der Monteur Hermann Gottschalk, Friedenau, Prinz-Jordaner-Straße 85, Frau Reihner und der 10jährige Reuter. Von den Vermissten sind nunmehr alle bis auf vier geborgen.

Ein schwerer Unfall hat sich im südlichen Kabelewerk Haselhorst zugetragen. Der 41 Jahre alte Monteur Edward Regel kam während seiner Arbeit einer Starkstromleitung von 6000 Volt nahe. Die Berührung des elektrischen Stromes hatte seinen sofortigen Tod zur Folge. Die Leiche des Berunglückten wurde zwecks Untersuchung der Schuldfrage von der Kriminalpolizei beschlagnahmt.

Des Nordes an der Witwe Martha Richter in Neukölln ist der Arbeiter Karl Kaproing überführt worden. Er hat die Frau, mit der er ein Liebesverhältnis unterhielt, am Sonnabend auf dem Kohlenplatz, Emser Straße 82, wo sie beschäftigt war, durch Beistöße getödtet.

In der Belle-Alliance-Straße, Ecke Lottower Straße, kürzte gestern abend gegen 8 Uhr ein Droschkenauto durch den schadhafte Bohlenbelag in den Schacht der im Bau begriffenen Nord-Süd-Untergrundbahn. Das Auto wurde zerstört, während der Fahrer unverletzt blieb.

Im Kleinen Schauspielhaus fand gestern mittag um 12 Uhr eine Sondernovelle von Schillers „Reigen“ vor dem „Reigen“-Prozess beteiligten Personen, Richtern, Verteidigern, Zeugen und Sachverständigen statt. Die Vorstellung wurde von dem Vorsitzenden des Gerichtshofes durch Namensaufruf der Zeugen und Sachverständigen, denen für den Fall des Nichterscheinens Strafe angedroht war, eröffnet, mit der Mahnung, sich jeden Beifalls oder Mißfallens zu enthalten, da es sich nicht um eine Theateraufführung, sondern um einen Vorkammerhandlung. Die Aufführung des Schiller'schen Stückes selbst verlief ohne Zwischenfälle. Nur Herr Prof. Brunner hielt es nicht bis zum Schluß aus und rettete sein kochendes Gemüt durch Flucht.

Die Universität feiert den 9. November

Aber natürlich nicht republikanisch
Der Ausschuß der Studentenschaft veranstaltet am 9. November eine Protestkundgebung gegen die Abtrennung eines Teils Oberschlesiens, die, wie man es ja gewöhnt ist, einen rein nationalen Charakter tragen wird. Der Rektor der Universität hat diesen Tag halb (!) zum akademischen Feiertag bestimmt. Der Deutsche Pazifistische Studentbund, der ebenfalls um seine Mitwirkung angegangen war, hat folgendes geantwortet:

„Auf Ihr Schreiben vom 2. d. M. erwidern wir Ihnen, daß wir nicht an der Protestkundgebung teilzunehmen vermögen, da erstens der 9. November für uns eine wichtigere Kundgebung bringt und wir zweitens einer Aktion, die geeignet ist, die internationale Verständigung zu erschweren, nicht beizutreten.“

Wenn die Berliner Studenten in Warschau protestieren, wird sich der Oberste Rat sicher beugen!

Arbeiter-Bildungsschule U.S.P.

Wiedereröffnung der Bibliothek
Nachdem der Bücherbestand geordnet, in welchem Maße ergänzt, sowie ein Katalog hergestellt und gedruckt worden ist, stehen die Bücherstücke nunmehr unseren Genossen und Genossinnen, sowie der sozialistischen Proletarierjugend zur unentgeltlichen Benutzung zur Verfügung.

Die Bibliothek befindet sich im Hause der „Freiheit“, Breite Straße 8-9, Hof links, parterre, Eingang 6. Sie ist geöffnet am Dienstag, Donnerstag und Freitag jeweils von 10 bis 12 Uhr abends.

Das Buch ist neben dem gesprochenen Wort in den Vorträgen und Kursen das wichtigste Bildungsmittel. Mögen die Genossen und Genossinnen recht regen Gebrauch davon machen!

Die städtischen Arbeiter und der 9. November. Der Magistrat teilt mit: Die Verhandlung zwischen den Vertretern des Magistrates und der Gewerkschaftskommission hat ergeben, daß die städtischen Arbeiter berechtigt sind, am 9. November um 2 Uhr die Betriebe auf Wunsch zu verlassen. Die notwendigen Arbeiten für Beheizung der Industrie mit Gas und Strom

werden vorgenommen werden. Zwischen Stadtbaurat Adler und den Vertretern der Arbeiterkassen hat gestern früh eine Verhandlung stattgefunden mit dem Ergebnis, daß am 9. November der gesamte Straßenbahnverkehr fahrplanmäßig erhalten bleibt. Die Gleise am Schloßplatz werden freigegeben. Der Betrieb wird erforderlichenfalls bei Überfüllung des Schloßplatzes umgeleitet werden.

Brotkarten-Stichwort. In der Woche vom 7. bis 13. November darf Brot und Mehl nur auf die Brotkarte abgegeben und entnommen werden, deren Abnahme das Stichwort Dr. Thompson's Seifenpulver tragen. — Die 3. Brotkommission, Mittelstr. 37, wird am 18. November nach Abbruchstr. 20 verlegt und dort mit der 133. Brotkommission vereinigt.

Der Groß-Berliner Ausschuss zur Bekämpfung der Schundliteratur veranlaßt im Vorführungsjahr der „Atania“, Taubenstraße, am Dienstag, den 8. November, nachmittags 4 1/2 Uhr, eine Propaganda, verbunden mit Sonderausstellung guter Bücher.

Unentgeltliche Rechtsauskunftsstelle. Der Gemeinnützige Verein für Rechtsauskunft in Groß-Berlin hat im Verwaltungsbezirk Friedrichshain eine Rechtsauskunftsstelle eingerichtet, in der Unentgeltliche unentgeltliche Rechtsauskunft und Rechtshilfe erhalten. Das Bureau befindet sich im Verwaltungsgebäude des Bezirksamts Friedrichshain, Marktstr. 49, part. Zimmer 4 und 5. Sprechstunden: Montag, Dienstag, Donnerstag und Freitag, nachmittags von 4—7 Uhr.

Voranschlägliche Wetter für Berlin und Umgegend am Dienstag. Zeitweise heiter, aber kühl und noch veränderlich, bei mäßigen, geringen Niederschlägen und ziemlich frischen nördlichen Winden.

Kein Generalfreist

Aufhebung des Belieferungstreits und Boykotts

Der Streik im Gastwirtsgerwerbe hatte deshalb so scharfe Formen angenommen, weil das Unternehmertum sich weigerte, mit der Organisation der Streikenden zu verhandeln. Auch alle Bemühungen der Reichs-, Staats- und Kommunalbehörden, auf dem Verhandlungswege den Streik zum Abbruch zu bringen, hatte das Unternehmertum ignoriert. Ganz offen verfolgte es den Zweck, die Organisation der Angestellten im Hotel-, Restaurant- und Caféhausegerwerbe zu vernichten.

Diesem rücksichtslosen und brutalen Vorgehen einer Unternehmerrunde konnte die Gesamtarbeiterkassen des Vereins nicht tatenlos zusehen. Darum beschloß die Plenarversammlung der Gewerkschaftskommission, die Angestellten mit allen erforderlichen Mitteln zu unterstützen und auch den Generalfreist zur Anwendung zu bringen, um die Absicht des Unternehmertums zunichte zu machen.

Erst nachdem die Gewerkschaftskommission mit dem Generalfreist gedroht und ihren Willen kundgegeben hatte, ihn zur Anwendung zu bringen, erklärte sich das Unternehmertum bereit, vor einem Schiedsgericht zu erscheinen und dessen Spruch sich zu unterwerfen.

Dieses Schiedsgericht hat unter Leitung von drei unparteiischen Vorsitzenden in der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag gelagert und einen Spruch gefällt. Noch in derselben Nacht ist der Ausschuss der Gewerkschaftskommission zusammengetreten, um zu beraten, was in der nunmehr geschaffenen neuen Situation zu geschehen hat. Der Ausschuss ist nach eingehender Beratung und reiflichen Erwägungen um 2 1/2 Uhr morgens einstimmig zu dem Beschluß gekommen, daß, nachdem beide Parteien vor Zulassung des Schiedsgerichts ihre Bereitwilligkeit erklärt hatten, sich diesem Spruch zu unterwerfen, der Generalfreist gegenstandslos geworden ist. Damit ist auch der Belieferungstreit und der Boykott aufgehoben.

Die Anerkennung und Durchführung dieses Schiedspruches ist nunmehr Sache der Organisation der Angestellten, wobei ihr noch wie vor die Unterstützung der Vertretung der Gesamtorganisationen der Berliner Arbeiterkassen zur Seite stehen wird.

Der Ausschuss der Gewerkschaftskommission Berlins und Umgegend. S. P. H.

Folgender Schiedspruch wurde mit 6 gegen 3 Stimmen gefällig: Die Kellner erhalten ein prozentuales Einkommen von 1000 M. (Ledige) bzw. 1800 M. (Verheiratete). Es wird auf Speisen und Getränke ein 10prozentiger Aufschlag erhoben, der dem Wirt zu geht. Aus der Summe dieses Geldes werden die Garantiefähiger gezahlt. Falls Mehreinnahmen vorhanden sind, erhalten die Kellner darüber hinaus Zuschüsse, bis die Summe aufgezahlt ist.

Heute nachmittag finden mehrere Versammlungen des Kartells der Arbeitnehmer im Gastwirtsgerwerbe statt, in denen Stellung zum Schiedspruch genommen wird.

U.S.P.D.-Funktionäre des Reichsarbeiterverbandes

Heute Montag, den 7. November 1921, abends 7 Uhr, findet im Humboldt-Gymnasium, Gartenstr. 25, eine außerordentlich wichtige Besprechung sämtlicher U.S.P.D.-Genossen, die Funktionäre im D. M. B. sind, statt. Partei- und Gewerkschaftsausweis legitimieren.

Seitensverband Berlin-Brandenburg U.S.P.D. J. A. H. 5013.

Der Zentralverband der Film- und Kino-Angehörigen Deutschlands teilt mit: Wir als Filmgewerkschaft stellen es als unsere Pflicht hin, daß unsere Vertreter am Sonnabend, den 29. p. W., bei der Beschlußüberlegung, betr. 48tägige Arbeitszeit in der Filmindustrie, anwesend waren. Demzufolge können wir uns auch nicht diesem Schiedspruch unterwerfen und erkennen ihn auch nicht an.

Gewerkschaftsunterkommission Cöpenick. Nach einstimmigem Beschluß vom 4. November werden die Betriebe ab 9. November um 2 Uhr geschlossen. Die Arbeiterkassen geht geschlossen nach dem Wilhelmplatz, um an der um 8 Uhr stattfindenden Demonstrationssammlung teilzunehmen. Die Betriebe des 16. Bezirks schließen sich ebenfalls dieser Demonstration an.

Parteiveranstaltungen

Montag, 7. November
10. Verwaltungsbezirk. Volkshauskommission. Abends 7 Uhr Fortsetzung des Kurzes Raab: über wirtschaftliche und kapitalistische Probleme.
11. Bezirk. Abends 7 Uhr Parteiveranstaltung der Glücke, Kaptenstraße 74.
Neubau-Bezirk. Kapitalistenkommission. Lausenerstraße 111 heute abend um 8 Uhr geschlossen zu erklären.
Weißensee. Alle Genossen, welche gewillt sind, Wasser zu ziehen, treffen sich abends 8 Uhr bei Neumann, Ecke Köpenick- und Charlottenburger Straße.

Dienstag, 8. November
12. Verwaltungsbezirk. Nationaler Arbeiterverband. Abends pünktlich 8 Uhr Jahreshaus bei Kl. Kriger Str. 17.
13. Bezirk. 5. Abteilung. Abends 7 Uhr Jahreshaus, Rosenfelder Hof, Rosenfelder Straße 111/12.
14. Bezirk. 7. Abteilung. Abends 7 Uhr gemeinsamer Jahreshaus bei Grün, Trautstr. 20.
15. Bezirk (Kreuzberg). 3. Abteilung. Jahreshaus bei am Dienstag: 10 Uhr Gruppe: Wolf, Wollener Str. 118—120. Gruppe: Köber, Wollener Str. 121—123. Gruppe: Bergmann, Ecke Wollenerstraße: 123, 124, 130, 131. Gruppe: Kleber, Wollenerstr. 78; 131 Gruppe: Küster, Grünstr. 1.
16. Bezirk. 11. Abteilung. Jahreshaus 107a (183—187). Jahreshaus bei Rind, Schiller Str. 28. — Jahreshaus 107b (188—190) bei Ewering, Schiller Str. 28.
Neukölln. 3. Bezirk. Parteiveranstaltung im Sozialhaus, Friedrichstr. 8.
Schöneberg-Bezirk. 5. Bezirk. Abends 7 Uhr Parteiveranstaltung, Kula Clay, Friedrichstr. 218.
Hilfens. Abends 7 Uhr Jahreshaus, Neumanns Platz, Friedrichstraße. Beschlussempfehlung für die Kommunisten.

Mittwoch, 9. November
1. Verwaltungsbezirk. 17. Bezirk. Die Genossen und Genossinnen treffen sich um 8 1/2 Uhr am Kottbuscher Platz. Von da über zur Weidenstraße. 26a Freunde der U.S.P.D. sind willkommen.
18. Bezirk. Der Genosse Reibel ist für die Beauftragung in den Kreisen zu empfehlen.

